

# B S P V

Jahresbericht 2005

## Jetzt muss es vorwärts gehen!

Mit der Umsetzung des neuen Personalrechts und der massiven Reduktion der Staatsverschuldung sind die Zeichen gesetzt für einen Aufbruch in bessere Zeiten. Die Geschäftsleitung ist fest überzeugt, dass das Jahr 2005 das letzte einer langen Durststrecke war.

Der Blick zurück zeigt Erfolge und Enttäuschungen.

### Mit Abstimmungen Zeichen gesetzt

Im Berichtsjahr folgten die Berner Stimmberechtigten mehrheitlich unseren Parolen. Wichtig lehnten sie die undifferenzierte



Die Abgeordneten hören Regierungsrätin Dora Andres aufmerksam zu.

Steuersenkungsinitiative der Wirtschaftsverbände ab. Ebenso klar war das Votum für den Volksvorschlag für das Spitalversorgungsgesetz und damit für gerechte Anstellungsbedingungen in diesem Bereich. Bloss ein Achtungserfolg war die knappe Niederlage bei der Abstimmung über das Lehreranstellungsgesetz.

### Verschlechterungen des Personalrechts

Mit jeder Revision von personalrechtlichen Bestimmungen wird das öffentliche Recht ausgehöhlt und eine Annäherung an die Regelungen der Privatwirtschaft gesucht. Ganz vergessen wird dabei, dass der Service public höheren Anforderungen genügen muss. Öffentliche Verwaltungen funktionieren nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und können es auch nicht. Die Verfassung und das Volk haben andere Vorgaben gesetzt.

### Leistungslohn verweigert

Das Jahr 2005 hätte das Jahr der Einführung des vollumfänglichen Leistungslohns sein sollen. Die Regierung ist dabei gescheitert. Nach wie vor stehen ungenügende finanzielle Mittel für Leistungsanreize zur Verfügung. Sei dies beim individuellen Gehaltsaufstieg oder bei den Prämien. Das Lohnniveau des Kantons Bern hat eine Grenze erreicht, bei der sich das Personal nun abzusetzen beginnt. Es sind nicht bloss Ka-

derleute, sondern zum Teil auch langjährige Mitarbeitende aller Besoldungsstufen, die von ihrem Arbeitgeber enttäuscht sind.

### Das Fass zum Überlaufen gebracht

Bis auf den Bereich der Treueprämien verlief die Einführung des neuen Personalrechts recht reibungslos. Mit den unsensiblen Übergangsregelungen für besonders treue Mitarbeitende hat der Regierungsrat ein riesiges Frustrationspotential ausgelöst. Das Staatspersonal hat schon unglaublich viele Sparpakete und Verschlechterungen zu seinen Ungunsten erlebt, der Protest war jedoch noch nie so gross wie bei der unnötigen Reduktion der Treueprämie. All diesen Misserfolgen stehen immer wieder positive Meldungen über den Kanton Bern gegenüber. Darum gilt für die Geschäftsleitung das Motto «Jetzt muss es vorwärts gehen!»

Die Geschäftsleitung

### Inhalt/Sommaire

Neues Personalrecht – alte Anliegen	6
Steuerinitiative und Lohnentwicklung	7
Sozialpartnerschaft und Aktionen	8
Totentafel	8
«angestellte bern» / Aktive Verbandsorgane	9
Treueprämie: Missglückte Übergangslösung	10
Pensionskasse: Negative Folgen des BLVK-Debakels	11
Dienstleistungen	12
Mitgliederentwicklung	13
Dienstjubiläen	14
Jahresrechnung	15

### Rapport annuel 2005

Une fois de plus, le rapport annuel du Comité directeur est publié en langue allemande dans notre journal «diagonal». Les membres de langue française recevront la version française par courrier séparé.



*Moderner aber mit ungenügenden Übergangsregelungen*

# Neues Personalrecht – alte Anliegen

**Auf den 1. Juli ersetzten ein neues Personalgesetz und die dazu gehörige Personalverordnung die beiden alten Erlasse sowie die Gehaltsverordnung und das Gehaltsdekret.**

Nach tatkräftiger Mitwirkung in mehreren Runden und engagiertem Einsatz unserer Grossratsvertretung in der vorberatenden Kommission und im Parlament sowie Spuren guten Willens der Regierung entstand ein neues Personalrecht, das moderne Züge trägt, in vielen Bereichen aber noch in alten Strukturen verharrt und zum Teil ungenügende Übergangsregelungen kennt.

## Das Gute zuerst

Die Lohnfortzahlungspflicht bei Krankheit und Unfall wird unabhängig von der Anstellungsdauer auf zwei Jahre ausgedehnt. Im ersten Jahr beträgt der Krankenlohn 100 Prozent, im zweiten Jahr 80 Prozent des Gehalts.

Der Mutterschaftsurlaub beträgt 16 Wochen bei vollem Lohn. Ein familienpolitisch wichtiges Signal.

Neu erhalten alle Teilzeitarbeitenden eine Kinderzulage in der Höhe des doppelten Beschäftigungsgrades (höchstens 100 Prozent). Diese Förderung von alleinstehenden Teilzeitarbeitenden wurde vom BSPV eingebracht.

Neu wird die Treueprämie bereits ab zehn Dienstjahren ausgerichtet.

Die Nachgewährung von gesetzlichen Feiertagen, die auf ein Wochenende fallen, wurde zugunsten von zwei zusätzlichen Ferientagen gestrichen. Diese Neuerung ist allerdings über die Jahre hinweg keine Verbesserung.

Die Rückzahlungspflicht bei Weiterbildungen wurde gelockert.

Im Prinzip könnte der jährliche Gehaltsaufstieg bis zu zehn Gehaltsstufen betragen. Bisher waren es maximal drei (= sechs neue).

## Unnötige Verschlechterungen

Der Erfahrungsaufstieg wurde per 1. Januar 2006 abgeschafft.

Die Zahl der Gehaltsstufen wurde verdoppelt. Die neuen Mikrostopfen ermöglichen Giesskannenaufstiege.

Die Kündigungsfrist wurde für alle Mitarbeitenden auf drei Monate gekürzt.



*Unser Bild stammt aus einer BSPV-Versammlung, als die Staatsangestellten noch Beamte waren. Von rechts: der ehemalige Sekretär Kurt Niklaus, Peter Hadorn, ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung und Walter Ochsenbein, ehemaliger Präsident der Rentnervereinigung.*

Die Bedingungen für die Ausrichtung einer Sonderrente bei einer unverschuldeten Entlassung wurden verschärft. Als teilweise Kompensation wurde die Möglichkeit von Abgangsentschädigungen eingeführt.

## Chancen für rasche Verbesserungen sind vorhanden

Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat mit dem neuen Personalgesetz sehr viele Kompetenzen übertragen, da zahlreiche Ausführungsbestimmungen des Gesetzes in der durch die Regierung erlassenen Personalverordnung geregelt werden. Diese Flexibilität macht Angst vor Willkür, bietet aber sicher auch Chancen für das Personal. Die jetzt vorliegende Personalverordnung kann nämlich jederzeit ohne allzu grossen Aufwand geändert werden. Wir werden darauf drängen,

dass dies möglichst bald geschieht, da unsere wesentlichsten Verbesserungsvorschläge – Arbeitszeit, Ferien, Entschädigungen – bei der vorgenommenen Revision nicht berücksichtigt wurden.

Im Vordergrund steht dabei die längst überfällige Gewährung der fünften Ferienwoche für alle sowie die Einführung der 40-Stunden-Woche. Solche Anpassungen an die Arbeitszeitbedingungen vergleichbarer Arbeitgeber kann der Regierungsrat nun in eigener Kompetenz beschliessen. Der Grosse Rat hat nichts dazu zu sagen.

Der Regierungsrat kann ebenfalls mit dem Personal einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abschliessen. Dieses Ziel wird vom BSPV mittelfristig angestrebt, damit endlich die Direktbetroffenen über ihre Arbeitsbedingungen mitreden können.



## Steuerinitiative und Lohnentwicklung

# Wir liessen uns nicht für dumm verkaufen

**Am 27. Februar haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern die Kahlschlag-Steuerinitiative aus Wirtschaftskreisen – unter anderem auch wegen des engagierten Einsatzes der Geschäftsleitung und vor allem der Geschäftsstelle – wuchtig abgelehnt. Damit konnte der undifferenzierten Sparideologie ein Riegel geschoben werden.**

Wenn die Steuern gesenkt werden sollen, dann muss dies massvoll unter Wahrung des vollen Service public und differenziert geschehen. Lineare Massnahmen sind selten sinnvoll. Steuern sind nicht Selbstzweck, sondern sind der Preis für ein umfassendes Leistungsangebot unseres Kantons, das Jahr für Jahr durch Vorstösse des Grossen Rates ausgebaut wird. Das Volk hat ein deutliches Zeichen gegeben. Trotzdem sind die Steuersenker weiterhin am Wirken und schaffen Vorteile für ihre Klientel.

### Weiterer Reallohnabbau

Der Kanton Bern hat mit BEREBE ein modernes Gehaltssystem eingeführt, das aber nicht vollzogen wird. Dieses basiert auf dem vollen Teuerungsausgleich und individuellen Gehaltsaufstiegen von durchschnittlich 1,5 Prozent. Dieses Lohnwachstum ist notwendig, um Lohnperspektiven zu schaffen, Ungerechtigkeiten auszugleichen, Weiterbildungen abzugelten und gestiegene Anforderungen zu belohnen.

Wenn die Teuerung nicht ausgeglichen wird, so verliert der Lohn an Kaufkraft. Von 1993 bis 2005 summierte sich der Reallohnabbau infolge der nicht ausgeglichenen Teuerung auf 9,23 Prozent. Wenn eine solche Lohnkürzung auf einmal verordnet worden wäre, hätte dies wohl Kampfmassnahmen des Personals ausgelöst. Mit der dosiert verabreichten bitteren Medizin kann der Patient besser ruhig gestellt werden.

### Leistungslohn verweigert

Mit 0,5 Prozent für den individuellen Gehaltsaufstieg stellte der Regierungsrat bloss ein Drittel der notwendigen Mittel für diffe-

renzierte individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung. Berechnungen der Personalfachleute haben gezeigt, dass rein rechnerisch 0,5 Prozent für einen Anstieg von einer Gehaltsstufe für jeden Staatsangestellten ausreichen. Nota bene eine halbierte Gehaltsstufe.

### Individueller Gehaltsaufstieg in der Theorie

Personalverordnung Artikel 44, Absatz 2 lautet: Der Aufstieg über die Gehaltsstufen ist von der Leistungs- und Verhaltensbeurteilung nach Artikel 163 abhängig und kann im Rahmen der verfügbaren Mittel wie folgt gewährt werden:

- a für herausragende Leitungen (Beurteilungsstufe A++) jährlich bis zu zehn Gehaltsstufen;
- b für sehr gute Leistungen (Beurteilungsstufe A+) jährlich bis zu sechs Gehaltsstufen;
- c für gute Leistungen (Beurteilungsstufe A) bis zu drei Gehaltsstufen.

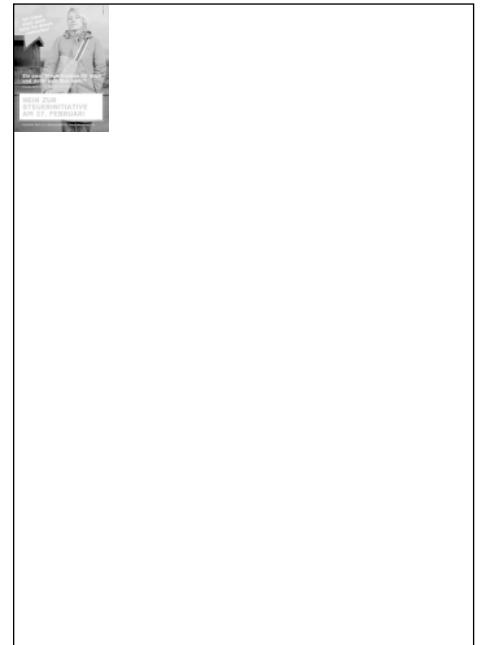
In der Praxis werden wohl nur wenige Mitarbeitende mehr als zwei Stufen erhalten haben. Nachweislich gab es aber Leute mit der Beurteilung A und A+, die keinen Aufstieg erhielten. Das heisst: Sehr gute Leistung und kein Gehaltsaufstieg. Ist das nun jenes Leistungslohnprinzip, mit dem die Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs begründet wurde?

### Undurchsichtige Leistungsprämien

Im Berichtsjahr hatte der Regierungsrat 0,25 Prozent der Lohnsumme für Leistungsprämien zur Verfügung gestellt. Mit der Verteilung haperte es gewaltig. Die in «diagonal» Nummer 2 geschilderten Fälle zeigen deutlich, dass einige Dienststellen gar nicht wussten, wie der Geldsegen zu verteilen sei und andere doch recht willkürlich und zum Teil intransparent prämiert haben. Im Prinzip sollten alle solchen Prämienzahlungen publik gemacht werden, da sie ja eine ausdrückliche Anerkennung darstellen. Geheimnistuerei führt zu Missstimmung.

### Wohlverhalten wird prämiert

Die Personalverordnung regelt die Ausschüt-



*Mit 60 Prozent Nein haben die Stimmberechtigten die Steuerinitiative der Wirtschaftsverbände abgelehnt.*

zung von Leistungsprämien bis zu 5000 Franken in den Artikeln 85 bis 88. Artikel 86, Absatz 2 lautet: Als prämiierungswürdige Leistungen kommen insbesondere in Betracht:

- a ein besonders erfolgreicher Projektein-satz;
- b eine hervorragende Leistung auf einem Gebiet oder Teilgebiet;
- c ein massgebender Beitrag im Rahmen eines Gruppeneinsatzes;
- d ein besonderer Einsatz für die betreffende Organisationseinheit;
- e eine besonders effiziente Problemlösung oder Auftragserledigung;
- f ein massgeblicher Beitrag an ein gutes Arbeitsklima.

Bedenklich ist insbesondere, dass einigen Mitarbeitenden hohe Leistungsprämien versprochen worden sind, um den ungenügenden Gehaltsaufstieg zu kompensieren. Leistung muss anerkannt und belohnt werden, aber nicht durch Einmalprämien, sondern durch Gehaltsmassnahmen. Zudem müssten gemäss neuer NEF-Philosophie wohl nur noch Teams belohnt werden. Doch NEF ist ein Kapitel, auf das hier nicht eingegangen wird.



## Sozialpartnerschaft und Aktionen

# Gespräche und Landsgemeinde

Regelmässig finden Sozialpartnergespräche der Personalverbände BSPV, LEBE und vpod mit dem Finanz- und Erziehungsdirektor sowie Personalfachleuten aus der Verwaltung statt. Diese Gespräche sind wichtig.

Schon manches kleinere Problem konnte so einer Lösung zugeführt werden, ohne dass ein aufwendiger und langwieriger Prozess in Gang gesetzt werden musste. Jede Partnerschaft ist allerdings ausbaubar und muss gepflegt werden. Dies vor allem dann, wenn ein Partner über strittige Punkte einseitig entscheiden kann. Der BSPV bringt in diesen Gesprächen und in Vernehmlassungen sein grosses Know-how ein. Es ist wichtig, dass wir möglichst viele Mitglieder vertreten und dass dadurch unsere Position gestärkt wird. Auch in dieser Hinsicht lohnt sich eine Mitgliedschaft in unserem Verband.



Die Mitglieder des BSPV bekannten Farbe

### Landsgemeinde Service public

Die Landsgemeinde ist eine Urform der Demokratie. An einer Landsgemeinde kann direkt gesagt werden, wo der Schuh drückt. Der BSPV rief deshalb zusammen mit den anderen Personalverbänden am 15. September zu einer «Landsgemeinde» auf dem Münsterplatz in Bern auf. Es wurde ein Zeichen gegen die verfehlte Politik der Regierung und des Grossen Rates gesetzt.

### Forderungen der Landsgemeinde

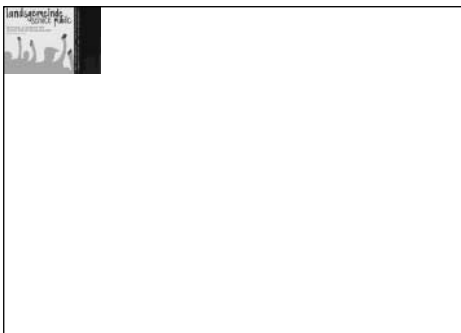
Kein Leistungsabbau: Die Berner Finanzen

sind wieder gesund. Es braucht kein weiteres Sparpaket.

Voller Teuerungsausgleich und fünf Wochen Ferien für alle: Mehr als neun Prozent beträgt der Reallohnverlust wegen nicht ausgeglichener Teuerung seit 1993. Damit muss jetzt Schluss sein!

Keine Lohnspielchen: Nein zur Gefährdung der Bildungsqualität. Nein zum Lehreranstellungsgesetz.

Der Aufmarsch vor den Toren der Finanzdirektion war beeindruckend. Mit friedlichen Mitteln brachte das Staatspersonal zum Ausdruck, dass nicht alles so ist, wie es sein sollte.



Mit diesem Flyer mobilisierten die Personalverbände ihre Mitglieder

## Totentafel

# 2005 verstarben 62 Mitglieder

Aegerter Arthur, Thun  
Annen Arnold, Belp  
Bächler Moritz, Nidau  
Berdat Rémy, Moutier  
Brügger Robert, Langenthal  
Bütikofer Ernst, Steffisburg  
Dähler Hans, Gümliigen  
Desboeufs Martin, Porrentruy  
Dubler Hans, Sumiswald  
Engler Rudolf, Worb  
Fellmann Klaus, Rüfenacht BE  
Feuz Fritz, Unterseen  
Fleuti Michael, Matten b. Interlaken  
Froidevaux Louis, La Neuveville  
Frutig Wilhelm, Schüpfen

Fuhrer Hans, Gwatt  
Gerber Gottfried, Bern  
Gigon Denis, Bern  
Grütter Thomas, Bern  
Gyger Gertrud, Bern  
Hess Max, Bolligen  
Hofer Hans, Heimberg  
Hoigné Rolf Viktor, Wabern  
Jordi Hans, Zollikofen  
Jost Josef, Zürich  
Käser Walter, Kirchberg BE  
Kleisl Pierre, Schwadernau  
Kocher Hans, Aegerten  
Komminoth Walter, Biel/Bienne  
Krähenbühl Paul, Bolligen

Küng Chlaus, Saanen  
Lauber Ernst, Bern  
Lugon Pierre André, Hilterfingen  
Marti Alfred, Münsingen  
Meier Otto, Seedorf BE  
Michel Ernst, Spiez  
Mori Otto, Bern  
Müller Jacques, Courtelary  
Ochsé Heinrich, Koppigen  
Portner Hans, Thun  
Reber Paul, Burgdorf  
Redard Georges, Kirchlindach  
Reimann Klaus, Bleienbach  
Riva Guido, Bern  
Rubi Walter, Nidau

Schaad Hans-Rudolf, Hindelbank  
Schilling Kurt, Biel/Bienne  
Schmidlin Erwin, Biel/Bienne  
Schneuwly Alois, Kerzers  
Streun Ernst, Ostermundigen  
Theilkäs Jakob, Münsingen  
Theubet Georges, Courtedoux  
Tschirren Bruno, Muri b. Bern  
Uebelhart Dieter, Frauenkappelen  
Wälti Eugen, Thun  
Wälti Hans-Jörg, Bolligen  
Weidmann Silvio, Bern  
Zeltner Eduard, Bern  
Zingg Ernst, Belp  
Zwahlen Ernst, Hünibach

Dachverband «angestellte bern»

# Dachverband mit 35 000 Mitgliedern

**Unter dem Namen «angestellte bern» haben sich die wichtigsten Angestelltenorganisationen des Kantons Bern vor längerer Zeit zusammengeschlossen. Gemeinsam werden Vernehmlassungen erarbeitet.**

Zentral ist auch die Mitarbeit in den Kommissionen des Kantons (Volkswirtschaftskommission, Berufsbildungsrat) sowie die Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern.

## Ein Achtungserfolg für Lehrerinnen und Lehrer

Leider hat es bei der Abstimmung zum Lehreranstellungsgesetz nur zu einem Achtungserfolg für die Gegner der Gesetzesrevision gereicht. Offensichtlich ist es den Personalverbänden nicht gelungen, den Stimmberechtigten

plausibel zu machen, dass es nicht sinnvoll ist, ein Gehaltssystem zu ändern, ohne dass das neue bereits bekannt ist.

## Ein Sieg für das Spitalpersonal

Ein Grosse Erfolg war hingegen dem Volksvorschlag für das Spitalversorgungsgesetz beschieden. Es gelang dabei, die ursprüngliche Fassung des Regierungsrates vor den unbeachteten Verschlechterungen der Grossratsmehrheit zu retten. Das Volk ist generell weniger personalfeindlich als die Mehrheit des Grossen Rates, auch wenn diese vorgibt, die

Volksmeinung zu kennen und zu vertreten. Die Personalverbände hoffen, dass nach den drei Volksabstimmungen zum Erfahrungsaufstieg sowie zum Lehreranstellungs- und Spitalversorgungsgesetz etwas Ruhe im Bereich der Personalgesetzgebung eintreten wird.

Während der fünf jährlichen Sessionen treffen sich jeweils die Grossräte und Grossrätinnen, die sich für Angestellteninteressen einsetzen und aus sehr verschiedenen Parteien stammen regelmässig über den Mittag, um anstehende Geschäfte zu diskutieren.

### In «angestellte bern» sind folgende Verbände mit rund 35 000 Mitgliedern organisiert:

BSPV	Bernischer Staatspersonalverband, <a href="http://www.bspv.ch">www.bspv.ch</a>
FGS	Fachleute Geomatik Schweiz Sektion Bern, <a href="http://www.pro-geo.ch">www.pro-geo.ch</a>
KV	Kaufmännischer Verband Kanton Bern, <a href="http://www.kvbern.ch">www.kvbern.ch</a>
LEBE	Lehrerinnen und Lehrer Bern, <a href="http://www.lebe.ch">www.lebe.ch</a>
IVB	Laborpersonalverband Bern, <a href="http://www.laborpersonal.ch/slv/sektionen/bern">www.laborpersonal.ch/slv/sektionen/bern</a>
SBGRL	Schweizer Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (Sektion Bern), <a href="http://www.sbgrl.ch">www.sbgrl.ch</a>
SBK	Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, Sektion Bern, <a href="http://www.sbk-be.ch">www.sbk-be.ch</a>
VSAO	Bern Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, <a href="http://www.vsao-bern.ch">www.vsao-bern.ch</a>

## Aktive Verbandsorgane

Die **Geschäftsleitung** führte im Berichtsjahr 15 Sitzungen durch und behandelte 194 Traktanden. Die Geschäftsleitung setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Roland Seiler, Präsident  
 Gisela Basler, Vizepräsidentin  
 Erwin Balsiger, Kassier  
 Otto Aeby, Erich Frauenfelder, Pierre-André Musy, Claude Röthlisberger, Christian Stauffer

Der **Zentralvorstand** tagte am 11. Mai in Bern und am 21. Oktober in Lyss.

Die **Abgeordnetenversammlung** fand am 24. Juni im Grossratssaal des Rathauses in Bern statt. Regierungsrätin Dora Andres hielt ein Referat zum Thema «Personalmanagement im Reorganisationsprozess».

Die **Geschäftsstelle** wird von den folgenden Mitarbeitenden betreut:  
 Matthias Burkhalter, Geschäftsführer  
 Peter Staub, Assistent  
 Esther Ritter und Mila De Toffol, Sekretariat

## Die fünfte Ferienwoche ist fällig

Von besonderem Interesse war die Delegiertenversammlung 2005 in Burgdorf. Finanzdirektor Urs Gasche referierte zum Thema «Der Kanton Bern als Arbeitgeber in der Konkurrenz von Bund, Stadt und privaten Arbeitgebern». Zu unserer Freude kündigte der Finanzdirektor an, dass aus seiner Sicht eine fünfte Ferienwoche für das Kantonsper-

sonal in nächster Zeit fällig sei. Aus seiner Sicht sei die Arbeitszeitreduktion dringlicher als Lohnerhöhungen.

## Starke Position des BSPV

Der BSPV ist in der Geschäftsleitung und dem Zentralvorstand von «angestellte bern» durch den Geschäftsführer vertreten und übernimmt auf den 1. Januar 2006 die Geschäftsstelle des Verbandes.



Die Frühlingssitzung des Zentralvorstandes fand traditionsgemäss in einem Hörsaal des Instituts für exakte Wissenschaften der Universität Bern statt.



## Treueprämie

# Missglückte Übergangslösung

**Die neue Treueprämienregelung war das dominierende Thema unserer Mitglieder bei der Umsetzung des neuen Personalrechts. Das Engagement der Geschäftsstelle und der Geschäftsleitung war beachtlich. Bisher konnte erst ein Teilerfolg erzielt werden.**

Bei der Vernehmlassung zum neuen Personalgesetz forderte der BSPV, eine Treueprämie bereits nach fünf Dienstjahren auszurichten, so wie das in fortschrittlichen Gemeinden gehandhabt wird. Der Regierungsrat trat teilweise auf diese Forderung ein, setzte sie aber unbefriedigend um.

### **Wider Treu und Glauben**

Bei der Ausarbeitung der neuen Personalverordnung ging die Finanzdirektion bei allen Diskussionen von der Kostenneutralität aus. Jede Verbesserung sollte irgendwie kompensiert werden. Dieser rein materielle

Ausgangspunkt behinderte qualitative personalpolitische Entwicklungsmassnahmen. Um die Kostenneutralität bei den Treueprämien zu wahren, wurden die unbestrittenen Verbesserungen bei den «Dienstaltersjungen» durch Verschlechterungen bei sehr verdienten Mitarbeitenden bezahlt.

### **Ein Erfolg des BSPV**

Das Personalamt hatte wie üblich Anfang Jahr allen im Jahr 2005 nach altem Recht Betroffenen den Bezug der Treueprämie angekündigt und nachgefragt, ob die Prämie von einem Monat in Zeit oder Geld bezogen werde.

Später wurde diese Prämie all jenen halbiert, die in der zweiten Hälfte ihr 30., 35., oder gar 40. Dienstjahr feierten, da auf den 1. Juli 2005 die neue Personalverordnung in Kraft getreten war. Einige Mitarbeitende hatten das versprochene Geld schon ausgegeben, einige hatten Ferien gebucht und einige Mitarbeitende waren gar schon in den Ruhestand

getreten unter Einberechnung der Ferien und eben des versprochenen Dienstaltersgeschenkes.

Auf die sofortige Intervention der Verbandsleitung beim Finanzdirektor stiess wenigstens dieses Anliegen auf Verständnis und die Regierung nahm den Rückruf der Prämienhalbierung zurück. Ein schöner Erfolg, allerdings nur für einige wenige.

### **Folgen der Kostenneutralität**

Wer nach altem Recht pensioniert wurde, erhielt früher nach Vollendung von 20 Dienstjahren für jedes volle Jahr seit der Ausrichtung der letzten Treueprämie einen Teilbetrag im Wert eines Fünftels der vollen Prämie. Diese Regelung wurde stillschweigend gestrichen.

All jene, die bereits zehn, aber noch nicht 15 Dienstjahre haben, werden gegenüber den Dienstjüngeren und Dienstälteren benachteiligt. Sie sollten wenigstens beim Erreichen von 15 Dienstjahren eine ganze Treueprämie von einem Dreizehntel eines Jahreslohns erhalten.

Wer früher während 30 Jahren im Staatsdienst stand, erhielt drei volle Monatsprämien (je eine ganze bei 20, 25 und 30 Jahren). Neu erhalten all diese insgesamt bloss noch fünf halbe (je eine halbe bei 10, 15, 20, 25, 30 Jahren).

Die Übergangsregelung in Artikel 214 der Personalverordnung ist für die besonders treuen Angestellten unbefriedigend.

### **Ein voller Beschwerdeordner**

Der Geschäftsführer hat inzwischen einen vollen Beschwerdeordner. Es haben sich unzählige Mitarbeitende auf der Geschäftsstelle gemeldet. Einige gaben nützliche Hinweise, einige waren verständnisvoll, einige beschimpften uns, bevor wir überhaupt etwas unternehmen konnten. Alle aber waren enttäuscht.

Die Geschäftsleitung liess ein Rechtsgutachten zu der komplexen Materie erarbeiten. Dieses ergab, dass der Willkür des Arbeitgebers in diesem Bereich keine allzu engen Grenzen gesetzt sind, so dass im Berichtsjahr noch keine Rechtsmittel ergriffen worden sind.

Die Situation ist allerdings, insbesondere bei den Angestellten mit 10 bis 15 Dienstjahren, noch nicht restlos geklärt.



*Wie immer charmant bedankte sich Pierre-André Musy, Mitglied der BSPV-Geschäftsleitung, bei Regierungsrätin Dora Andres für ihr Referat an der Abgeordnetenversammlung des BSPV im Berner Ratssaal.*

# Negative Folgen des BLVK-Debakels

**Die Deckungslücke von über einer Milliarde Franken bei der Bernischen Lehrerversicherungskasse BLVK hat auch unsere Mitglieder aufgeschreckt. Die Bernische Pensionskasse BPK bietet keinen Anlass zur Besorgnis. Sie ist gesund und dort wo Anpassungen nötig sind, werden diese ohne Hau-Ruck-Übungen vorgenommen.**

Eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) hat im September dem Parlament Bericht über das Pensionskassendebakel bei der BLVK erstattet. Mit viel Papier, Zeit und Engagement wurden grössten Teils bekannte Fakten zu einem umfangreichen Bericht zusammengestellt.

## System- oder Personenversagen?

In einer medienwirksamen parlamentarischen Debatte wurden drei Angestellte der Kantonsverwaltung als Sündenböcke in den Vordergrund gerückt. Gleichzeitig wurde die Verantwortung des Grossen Rates und seiner Kontrollorgane nur am Rande erwähnt.

## Ansteckungsgefahr

Das BLVK-Debakel ging jedoch nicht ohne Auswirkungen an unserer BPK vorbei. Besonders unerfreulich ist, dass ab dem 1. Januar 2006 auch für die BPK der Invaliditätsbegriff angepasst wurde. Wer früher seinen Beruf nicht mehr ausüben konnte, hatte Anrecht auf eine Rente (Berufsinvalidität). Neu gilt der Begriff der Erwerbsinvalidität. Das bedeutet für die Mitglieder der BPK, dass für eine Invalidisierung wesentlich anspruchsvollere Voraussetzungen erfüllt werden müssen und zwar jene, die das eidgenössische Invalidenversicherungsgesetz verlangt. Die Praxis wird zeigen, mit welcher Härte die Umsetzung erfolgen wird und ob wirklich ein Pfarrer, der nicht mehr sprechen kann, auf den Schneepflug gesetzt wird und der Forstarbeiter mit Hüftarthrose Vorlesungen hält.

## Unnötiger Aktivismus

Im Nachgang zur PUK-Berichterstattung verabschiedete der Grosse Rat zahlreiche Empfehlungen und Vorstösse, die den Regierungsrat zum Handeln auffordern und ver-



*Auch den Bundesangestellten weht der Wind vermehrt ins Gesicht. Hier gingen Sie gegen den ungenügenden Teuerungsausgleich auf die Strasse.*

pflichten. Einige sind gut überlegt, andere erfolgten in bekannter Hüftschussmanier.

Für die Versicherten von eminenter Bedeutung ist der erhöhte Druck auf einen Wechsel vom bewährten Leistungsprimat auf das Beitragsprimat, indem die PUK in ihrem Bericht behauptete, mehrere Probleme der BLVK wären bei einer Beitragsprimatkasse nicht entstanden.

Die Regierung hat eine Projektgruppe eingesetzt, die die Folgen eines Primatwechsels aufzeigen soll. Der BSPV wird in der Begleitgruppe zum Projekt vertreten sein.

**Organisatorische Anpassungen**  
Wegen der Verabschiedung eines neuen

BLVK Gesetzes (Art. 56) wurden auch für die BPK Anpassungen vorgenommen. Insbesondere wurden die Kompetenzen der Organe neu geregelt sowie die Wahlkreise der Delegierten an die Grossratswahlkreise angepasst. Zudem wurde die Anzahl der Delegierten von 180 auf 150 gesenkt und eine Amtszeitbeschränkung von 16 Jahren festgelegt. Andererseits wurde die Alterslimite bei 70 Jahren aufgehoben.

Für die Leitung der Delegiertenversammlung wird ab 2006 ein Büro zuständig sein. Es wird sich zeigen, ob sich der Einfluss der Delegiertenversammlung auf die Geschäfte der BPK durch all diese Anpassungen verbessern lässt.



## Dienstleistungen des BSPV

# Zahlreiche Vorteile einer Mitgliedschaft

**Was bei Medikamenten häufig ein Problem darstellt, hat beim BSPV einen positiven Aspekt: die Nebenwirkungen. Beim BSPV bestehen die Nebenwirkungen der Mitgliedschaft aus den so genannten Dienstleistungen.**

Die wichtigsten Dienstleistungen des BSPV sind und bleiben zweifellos die Rechtsberatung und der Rechtsschutz. Bei rechtlichen Problemen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz leistet dabei der Verband in der Regel volle Kostengutsprache für die Anwalts- und Verfahrenskosten. Neu kamen im Berichtsjahr seit längerer Zeit wieder Kurse für unsere Mitglieder dazu.

### Elf neue Rechtsschutzgesuche

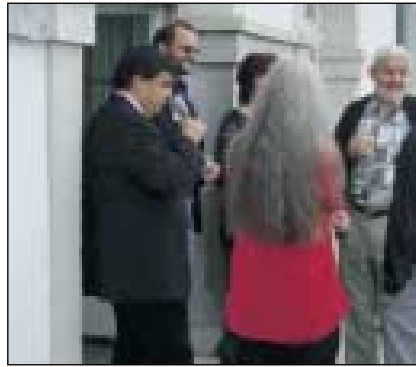
Im Berichtsjahr musste die Geschäftsleitung elf Mitgliedern neu Rechtsschutz gewähren. Vier Gesuche hat die Geschäftsleitung abgelehnt, zwei hat sie für genauere Abklärungen zurückgestellt und eines wurde vom Geschwister zurückgezogen. 16 Rechtsschutzfälle konnten abgeschlossen werden.

Während bei den Verfahren, welche den Beizug eines Anwalts erfordern, eine Verstetigung festzustellen ist und bei den offenen Fällen sogar eine Abnahme, nahmen die durch die Geschäftsstelle direkt betreuten Beratungsfälle nochmals zu. Insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen Stellenabbau-Projekten haben zahlreiche Betroffene beim BSPV Rat gesucht. Der ständig erhöhte finanzielle Druck auf alle Arbeitsstellen und das Personal schlägt zudem auf die Stimmung und das Arbeitsklima durch.

Konflikte entstehen öfters auch durch das Wirken externer Experten, die zwar eine interessante Aussensicht einbringen, jedoch die speziellen Verhältnisse des Kantons Bern und des öffentlichen Rechts nicht immer genügend kennen.

### Neues, erfolgreiches Angebot

Unter dem Motto «Sicher und ohne Angst zum MAG» liessen sich an drei Kurstagen über 60 Mitarbeitende der Kantons- und Gemeindeverwaltung über die Chancen und Ri-



*Die Geschäftsleitung des BSPV behandelte 2005 in 15 Sitzungen 194 Traktanden. Bei so viel Arbeit muss auch einmal ein Ausflug drin liegen, den die GL-Mitglieder notabene selbst berappen. Im letzten Jahr traf sich die Gruppe zum traditionellen Anlass auf dem Weissenstein.*



siken einer Verhaltensbeurteilung informieren. Nach dem überzeugenden Feedback der Teilnehmenden sind auch für das Folgejahr wiederum zwei Seminartage geplant.

### Fakultativer Privatrechtsschutz

Der bewährte Verbandsrechtsschutz deckt Streitigkeiten ab, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen.

Für andere Rechtsgebiete (beispielsweise Verkehr oder Streitigkeiten aus Versicherungs-, Kauf-, Service-, Reise-, Leasing-, Mietverträgen, usw.) bietet der BSPV eine fakultative Rechtsschutzversicherung an.

Dank einer Vereinbarung mit COOP Rechtsschutz erhalten BSPV-Mitglieder einen Spezialrabatt in der Höhe von zehn Prozent. Ausgewählt werden kann aus zwei Varianten (Variante A: Verkehrsrechtsschutz; Variante B: Privatrechtsschutz).

### Kollektiv-Krankenversicherung KPT

Mit der Krankenkasse KPT hat der BSPV vor ein paar Jahren einen Kollektiv-Vertrag abgeschlossen, welcher den Verbandsmitgliedern beachtliche Vergünstigungen auf den nicht obligatorischen Versicherungen bietet. Bei der Spitalkostenversicherung beträgt der Rabatt 15 Prozent, in den Bereichen «Krankenpflege-Plus» (für gewisse Leistungen, welche mit der Grundversicherung nicht abgedeckt sind) und «Natura» (für nicht mit

der Grundversicherung abgedeckte Leistungen der Komplementärmedizin) zehn Prozent.

### Mit COOP-Versicherung Geld sparen

Ebenfalls 10 Prozent Spezialrabatt gewährt die COOP Versicherung den BSPV-Mitgliedern auf den günstigen Prämien für Auto- und Hausratversicherungen.

### BSPV-Rabattliste

Die BSPV-Rabattliste weist rund fünfzig Geschäfte auf, bei denen BSPV-Mitglieder von Spezialrabatten profitieren.

Im Herbst fand wiederum die bereits zur Tradition gewordene 20-Prozent-Rabatt-Woche bei Universal-Sport statt.

### BSPV-Mitglieder sind informiert

Einen direkten Kontakt zwischen Verbandsleitung und Basis bietet die seit 91 Jahren bestehende Verbandszeitung «diagonal».

Im Berichtsjahr erschienen wie üblich neun Ausgaben, welche einen Gesamtumfang von 112 Seiten (Vorjahr 104) aufwiesen. Neben der Verbandszeitung finden die BSPV-Mitglieder die wichtigsten Informationen stets aktuell auf der ständig leicht ausgebauten BSPV-Homepage [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch), welche auch Möglichkeiten zur direkten Kontaktaufnahme mit der BSPV-Geschäftsstelle bietet.





### Mitgliederentwicklung 2005

# Leichter Rückgang bei 369 Neueintritten

**Mit über 360 Eintritten konnten auch dieses Jahr die Abgänge durch Personalabbau, Pensionierungen und Wechsel des Arbeitgebers nicht ganz kompensiert werden. Der leichte Rückgang ist jedoch wesentlich geringer als bei anderen Personalverbänden und weist auf eine sehr stabile Mitgliederstruktur hin.**

Die Überalterung des Staatspersonals widerspiegelt sich allerdings auch in unserer Mitgliedschaft. Es gilt, vermehrt auch junge Leute für unsere gemeinsamen Interessen zu sensibilisieren. Unsere beiden Grosssektionen VBOG und Polizeiverband haben einen Mitgliederverlust von rund zwei Prozent erlitten, der wohl in Zukunft wiederum kompensiert werden kann. Besonders erfreulich

ist der starke Zuwachs bei den Dozentinnen und Dozenten der Berner Fachhochschule. Zusammen mit dem Unidozentenverein, den Schulinspektoren, den Berufsberatenden, dem Verein der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft sowie den über 100 Gymnasiallehrerinnen und –lehrern hat der BSPV eine starke Bildungsvertretung mit rund 500 Bildungsverantwortlichen.

Sek. Nr.	Sektion	Bestand am 31.12.2004	Bestand am 31.12.2005	Zunahme	Abnahme
6	Vereinigung Berner Ortsgruppen	960	934	–	26
7	Höhere Angestellte des Kantons Bern	111	104	–	7
8	Handwerklich-technisches Personal	139	132	–	7
9	Union du Personnel	31	31	–	–
11	Verein für Lehr-/Beratungskräfte	95	89	–	6
15	Verein der Forstingenieure	28	28	–	–
16	Förster	70	69	–	1
17	Forstwarte	40	37	–	3
18	Wildhüter	28	29	1	–
19	Fischereiaufseher	9	9	–	–
20	Psychiatrische Kliniken	131	131	–	–
25	Inselspital	88	85	–	3
31	RegierungsstatthalterInnen	23	23	–	–
32	Verband Bernischer Richter + Richterinnen	133	137	4	–
33	GerichtsschreiberInnen	30	28	–	2
34	GrundbuchverwalterInnen	26	27	1	–
35	Betreibungs- und Konkursbeamte	35	38	3	–
39	Pfarrverein	394	391	–	3
40	Anstalten	279	267	–	12
46	Polizeiverband Bern Kanton	1040	1019	–	21
48	Automobilexperten	56	53	–	3
54	SchulinspektorInnen	17	17	–	–
55	BerufsberaterInnen	33	34	1	–
57	Unidozentenverein	87	89	2	–
61	Dozierende Berner Fachhochschule	115	149	34	–
70	Strassenmeister	229	227	–	2
83	Unterhalt Autobahn	60	62	2	–
86	Strasseninspektoren	13	13	–	–
90	Einzelmitglieder	290	286	–	4
91	Personalverband Sozialversicherung	97	94	–	3
92	Gemeindepersonal Zollikofen	37	35	–	2
	<b>Aktive inkl. Doppelmitglieder</b>	<b>4724</b>	<b>4667</b>	<b>–</b>	<b>57</b>
	<b>davon Doppelmitglieder</b>	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>2</b>
	<b>Aktive ohne Doppelmitglieder</b>	<b>4711</b>	<b>4656</b>	<b>–</b>	<b>55</b>
98	<b>Rentnervereinigung</b>	<b>1686</b>	<b>1666</b>	<b>–</b>	<b>20</b>
	<b>Total Mitglieder</b>	<b>6397</b>	<b>6322</b>		<b>75</b>



Wir gratulieren

# Dienstjubiläen 2005

**Auch 2005 konnten zahlreiche  
Verbandsmitglieder ein  
Dienstjubiläum feiern.  
Der BSPV gratuliert herzlich.**

## 40 Dienstjahre / 40 années de service

Balli Heinz, Boll  
Bhend Samuel, Urtenen  
Bill Geiger Erika, Hünibach  
Dhifalli Rosa, Schliern b. Köniz  
Dick Ruth, Brügg BE  
Evalet Michèle, Bellelay  
Flückiger Christian, Krauchthal  
Frutiger Paul, Bönigen b. Interlaken  
Gauchat Emile, La Neuveville  
Gerber Hugo, Biel/Bienne  
Guenot Brigitte, Ostermundigen  
Humair Jean Pierre, Bellelay  
Keller Fritz, Köniz  
Mosimann Hanspeter, Boll  
Ramseyer Ernst, Schüpbach  
Sturm Dieter, Münchenbuchsee  
Tschanz Christine, Wabern  
Wahli Samuel, Evillard  
Ziehli Ernst, Bern

## 25 Dienstjahre / 25 années de service

Affolter Max, Kräiligen  
Amstutz Fred, Tavannes  
Anliker Ernst, Thun  
Arm Hans-Ulrich, Täuffelen  
Arn Beatrice, Rüfenacht BE  
Arnaldi-Riesen Ursula, Thun  
Bähler Jürg, Bern  
Baldinger Heinz, Langnau i.E.  
Bangerter Ernst, Lyss  
Bäni Werner, Burgdorf  
Bärfuss Marcel, Péry  
Bärtschi Rudolf, Münsingen  
Baur Niklaus, Wimmis  
Bessire Niklaus, La Neuveville  
Binggeli Edgar, Rapperswil BE  
Biser Hansjörg, Utzenstorf  
Bögli Katharina, Burgdorf  
Brügger Margrit, Thörishaus  
Brügger Rudolf, Steffisburg  
Bührer Franz, Muri b. Bern  
Burkhard Pia, Kirchberg BE  
Bürki Fritz, Herrenschandlen  
Burri Hansjörg, Sangernboden  
Buschor José, Moosseedorf  
Durler René, La Heutte  
Egger Andreas, Meiringen

Emmert Thomas, Liebefeld  
Etter Ulrich, Langenthal  
Fahrni Fritz, Krauchthal  
Fankhauser Johannes, La Corbaz  
Fässler Albert, Evillard  
Fiechter Mario, Oberwangen b. Bern  
Fleury Jean-Paul, Roches BE  
Frei Hugo, Ostermundigen  
Frey Franz, Biel/Bienne  
Fuchs André, Biel/Bienne  
Fuchs Fredy, Prêles  
Gabi Martha, Schwarzhäusern  
Gaudy François, Erlach  
Gerber Johann, Hindelbank  
Graf Hans, Steffisburg  
Grütter Anton, Bern  
Grütter Jörg, Bern  
Gurtner Heinz, Thun  
Häberlin Heinrich, Ersigen  
Hafner Willy, Spiegel b. Bern  
Häring Ulrich, Thunstetten  
Hauri Philippe, Courtelary  
Hess Walter, Lüscherz  
Holzer Roland, Interlaken  
Hostettler Gérald, Prêles  
Hubacher René, Schönbühl  
Hurni Hans, Bern  
Hurni Peter, Schüpfen  
Jaun Hanspeter, Herbligen  
Jeanquartier Cédric, Biel/Bienne  
Jorns Rosmarie, Interlaken  
Jost Paul, Steffisburg  
Jucker Markus, Bolligen  
Jutzi Hermann, Thun  
Kaderli Hans, Krauchthal  
Känzig René, Bönigen b. Interlaken  
Kehrli Heinrich, Gadmern  
Keller Brigitte, Wimmis  
Keller Sonja, Worb  
Knutti Michel, Böisingen  
Kohler Heinz, Kehrsatz  
Kraemer Martin, Laupen BE  
Krebs Hans-Ulrich, Oberbalm  
Kuert Simon, Langenthal  
Kuhn Werner, Rüegsau  
Lehner Urs, Bolligen  
Lemp Irene, Thunstetten  
Leuenberger Franz, Bibern SO  
Luginbühl Pierre-André, Renan BE  
Lustenberger Beat, Uttigen  
Lüthi Karl, Ostermundigen  
Maag Ulrich, Hinterkappelen  
Mabboux, Erwin, Bern  
Matti Walter, Zollikofen  
Michel Werner, Wilderswil  
Moser Walter, Freimettigen

Mühlheim Serge, Unterseen  
Müller Susanne, Spiez  
Müller Verena, Bern  
Neugebauer Jürg, Goldswil b. Interlaken  
Pellet Irene, Boll  
Peter Kurt, Zollikofen  
Pfander Walter, Linden  
Pia Daniel, Hinterkappelen  
Plattner Annarös, Gadmern  
Rätz Kurt, Hindelbank  
Riem Johanna Martha, Thun  
Rindlisbacher Toni, Bern  
Ritter Kurt, Tschugg  
Rossel Jacqueline, Rüfenacht BE  
Roth Max, Thun  
Roth Peter, Heimenschwand  
Röthlisberger Therese, Bern  
Rüfli Robert, Ittigen  
Ryser Hans, Oberburg  
Sauter Urs, Biel/Bienne  
Schaad Herbert, Münchenbuchsee  
Schär Alfred, Toffen  
Schläfli Andreas, Bern  
Schneeberger Peter, Schüpfen  
Schulthess Andreas, Melchnau  
Schüpbach Ernst, Pieterlen  
Shams Hamid-Reza, Bolligen  
Siegrist Jürg, Muri b. Bern  
Sollberger Barbara, Willadingen  
Staudenmann Thomas, Ins  
Stauffer Christian, Brügg BE  
Stauffer-Walther Marianne, Bern  
Steube Werner, Adelboden  
Sunier Pierre, Nods  
Tironi Giovanni, Heimberg  
Ulrich Bernhard, Ostermundigen  
von Fischer Rudolf, Roggwil BE  
von Känel Jonathan, Wabern  
Wäfler Peter, Thun  
Walther Ernst, Krauchthal  
Wegmüller Hans, Gerzensee  
Welter Jürg, Bern  
Werren Katharina, Hünibach  
Wetz Rudolf, Ittigen  
Widmer Rudolf, Münsingen  
Winzenried Fritz, Jegenstorf  
Wittmann Ruth, Münsingen  
Wüthrich Ronald, Twann  
Zaug Hanspeter, Grosshöchstetten  
Zaug Therese, Wabern  
Zaug Werner, Rosshäusern  
Zeller Felix, Bolligen  
Zimmermann Ulrich, Bern  
Zurbuchen Andreas, Sangernboden  
Zürcher Hans Rudolf, Eggwil  
Zysset Andreas, Bern

# Jahresrechnung 2005

## 1. Allgemeine Verbandsrechnung

### 1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Mitgliederbeiträge	685.000,00	691.307,30
Kapitalzinserträge	4.000,00	3.683,25
Rückerst. Coop-Rechtsschutz	0,00	540,75
Rückerstattung KPT	5.000,00	16.197,55
Berner Vers., Überschussanteil	0,00	1.188,70
Steuer-Rückerstattungen	0,00	113,65
<b>Total Ertrag</b>	<b>694.000,00</b>	<b>713.031,20</b>
	Aufwand	
Abgeordnetenversammlung	8.000,00	7.341,10
Zentralvorstand	7.000,00	5.526,65
Geschäftsleitung, Delegationen	17.000,00	13.499,50
Personalaufwand	355.000,00	362.688,50
Sozialleistungen Arbeitgeber	62.000,00	58.767,20
Aus- und Weiterbildung Personal	3.000,00	6.154,95
Büromiete und Nebenkosten	54.000,00	54.393,20
Kapitalzinsen	100,00	31,75
Büro- und Verwaltungsaufwand	30.000,00	32.659,50
Anschaffung/Unterhalt Mobiliar	2.500,00	1.244,50
Informatikaufwand	12.000,00	16.267,75
Telefon-/Elektroinstallationen	500,00	4.070,80
Beiträge an Berufsverbände	11.000,00	11.562,80
Beitrag an REKA	1.000,00	4.025,00
Gemeinnützige Beiträge	500,00	25,00
Rechtsschutzkosten (Anteil 2005)	30.000,00	30.000,00
Weiterbildungsbeiträge Mitglieder	0,00	4.734,00
Werbung	40.000,00	32.743,10
Speisung Spez.finanz. Aktionen	30.000,00	30.000,00
dito, Sondereinlage	20.000,00	20.000,00
Steuern	8.000,00	390,35
Ehrungen und Diverses	1.000,00	938,10
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)	9.000,00	18.326,75
<b>Total Aufwand</b>	<b>701.600,00</b>	<b>715.390,50</b>
<b>Total Ertrag</b>	<b>694.000,00</b>	<b>713.031,20</b>
<b>Aufwandüberschuss 2005</b>	<b>-7.600,00</b>	<b>-2.359,30</b>

### 1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Inserate, Zeitungsabonnemente	42.000,00	33.734,00
	Aufwand	
Druckkosten	36.000,00	33.744,40
Versand	12.000,00	13.667,60
Honorare	3.000,00	4.648,75
<b>Total Aufwand</b>	<b>51.000,00</b>	<b>52.060,75</b>
<b>Total Ertrag</b>	<b>42.000,00</b>	<b>33.734,00</b>
<b>Übertrag in Erfolgsrechnung</b>	<b>-9.000,00</b>	<b>-18.326,75</b>

### 1.3 Bilanz per 31.12.2005

	Aktiven	Passiven
Kassen	2.012,55	
Reisecheckkasse	7.544,25	
PC-Konto 30-1286-0	45.941,95	
BEKB (Sparkto. 3.488.505.64)	173.521,60	
BEKB (Akt.sp.kto. 4.066.484.64)	76.135,25	
Wertschriften	500,00	
Namenaktien BEKB	4.562,00	
Diverse Debitoren	14.318,95	
Guthaben Verrechnungssteuer	952,00	
Mobilien/Einrichtungen/EDV	1,00	
Trans. Aktiven	377,85	
Diverse Kreditoren		122.366,20
Trans. Passiven		120,00
Eigenkapital:		
Stand am 01.01.2005	205.740,50	
<b>Aufwandüberschuss 2005</b>	<b>-2.359,30</b>	
	<b>325.867,40</b>	<b>325.867,40</b>

## 2. Spezialfinanzierung Aktionen

### 2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Bankspesen	11,40	
Beitr. an Komitee für gute Spitäler	5.000,00	
Beitr. an Landsgemeinde	3.600,00	
Beitr. an LAG-Kampagne	5.000,00	
Aufwand Steuersenkungsinitiative	88,50	
Kapitalzinserträge		1.443,42
Einlage aus allg. Verb. rechnung		30.000,00
dito, Sondereinlage		20.000,00
Sonderbeitr. Mitgl. für Aktionen 2004		62.200,00
<b>Ertragsüberschuss 2005</b>	<b>99.943,52</b>	
	<b>113.643,42</b>	<b>113.643,42</b>

### 2.2 Bilanz per 31.12.2005

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.488.508.37)	10.856,50	
BEKB (Anl.sp.kto. 8.018.909.62)	238.686,52	
Diverse Debitoren	62.600,00	
Guthaben Verrechnungssteuer	505,20	
Diverse Kreditoren		5.000,00
Eigenkapital:		
Stand am 01.01.2005	207.704,70	
<b>Ertragsüberschuss 2005</b>	<b>99.943,52</b>	<b>307.648,22</b>
	<b>312.648,22</b>	<b>312.648,22</b>

## 3. Konsolidierter Erfolg des BSPV pro 2005

Allg. Verbandsrechnung (Aufwandüberschuss)	-2.359,30
Spezialfinanzierung Aktionen (Ertragsüberschuss)	99.943,52
	<b>97.584,22</b>

## 4. Stiftung Unterstützungskasse

### 4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Kapitalzinsen	29,00	
Büro-, Verwaltungsaufwand	326,85	
Steuern	4.850,25	
Rechtsschutzkosten	30.000,00	
R'schutzkosten (aus Verb.allg., Anteil 2005)	30.000,00	
Kapitalzinserträge		4.256,22
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		37.625,90
<b>Ertragsüberschuss 2005</b>	<b>36.676,02</b>	
	<b>71.882,12</b>	<b>71.882,12</b>

### 4.2 Bilanz per 31.12.2005

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.454.009.82)	364.962,27	
BEKB (Akt.sp.kto. 4.066.428.70)	201.527,20	
Namenaktien BEKB	4.562,00	
Guthaben Verrechnungssteuer	1.152,60	
Darlehen	1.250,00	
Konto-Korrent «Rechtsschutz»	16.675,45	
Liegenschaft:	1.674.181,80	
Abschreibungen früher	-750.587,80	
Abschreibung 2005	-36.944,00	886.650,00
Fest-Hypothenen		600.000,00
Diverse Kreditoren		4.716,85
Eigenkapital:		
Stand am 01.01.2005	835.386,65	
<b>Ertragsüberschuss 2005</b>	<b>36.676,02</b>	<b>872.062,67</b>
	<b>1.476.779,52</b>	<b>1.476.779,52</b>

### 4.3 Liegenschaftsrechnung 2004

	Aufwand	Ertrag
Hypothekarzinsen	21.450,00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	7.479,00	
Abschreibung 2005	36.944,00	
Liegenschaftssteuern	1.923,90	
Ertragsüberschuss 2005	37.625,90	
Mietzinseinnahmen		105.422,80
	<b>105.422,80</b>	<b>105.422,80</b>